

PARLAMENTSREREPORT

100 Jahre Internationaler Frauentag = 100 Gründe zum Feiern

Die 100ste Wiederkehr des Internationalen Frauentags nahm die Landtagsfraktion zum Anlass, am 8. März zu einer Festveranstaltung ins Chemnitz Kulturkaufhaus DAS TIETZ einzuladen. Unter dem Titel „Kämpfe, Erfolge und unerfüllte Träume / Gleichstellungspolitik zwischen

Anspruch und Wirklichkeit“ wurden 100 Jahre Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter reflektiert, ein Blick in die Zukunft gewagt und live zur Weltfrauenkonferenz nach Venezuela geschaltet. Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden, MdL Dr. André

Hahn, referierte als Gastrednerin Marianne Eriksson von UN Women über die Frauenrechte in der Europäischen Union. Die sympathische und bodenständige Linkspolitikerin aus Schweden bereitete mit ihren Ausführungen den Boden für die anschließende Podiumsdiskussion, in die

sich neben Eriksson auch Iris Tätzelmachute vom Frauenzentrum Lila Villa Chemnitz, MdL Heike Werner und MdL Heiderose Gläß (DIE LINKE) sowie MdEP Dr. Cornelia Ernst einbrachten. Die Veranstaltung klang mit individuellen – nicht nur – Frauengesprächen bei einem kleinen Imbiss aus.



Foto: DAK

UN-WOMEN wurde im Sommer 2010 von den UN-Mitgliedstaaten eingesetzt, um die Umsetzung von UN-Standards in Fragen der Geschlechtergleichstellung und der Selbstbestimmung von Frauen zu dynamisieren. Die Gründung von UN-Women ist Teil der UN-Reformagenda, über die Ressourcen gebündelt werden sollten, um weltweit wirksamer agieren zu können. UN-Women vereint die Arbeit der vier bisher getrennten Teile des UN-Systems DAW, INSTRAW, OSAGI und UNIFEM.

UN-Women soll die UN-Mitgliedstaaten im Einklang mit deren nationalen Prioritäten bei der Annäherung an internationale Normen der Gleichstellung unterstützen. Dazu werden Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft aufgebaut und politische sowie finanzielle Hilfen mobilisiert. UN-Women arbeitet mit Partnern auf regionaler und nationaler Ebene und bietet Hilfe zur Selbsthilfe. Die Organisation unterstützt die UN Länder-Gruppen bei der Koordination regionaler Maßnahmen zur Gleichstellung.

Zurzeit ist UN-Women in 80 Ländern präsent. Perspektivisch soll jedes Land unterstützt werden, das dies beantragt. UN-Women wird weitgehend über freiwillige Beiträge und den regulären UN-Haushalt finanziert, an ihrer Spitze steht Michelle Bachelet, die als Mitglied der oberen UN-Entscheidungsgremien dem UN-Generalsekretär rechen-schaftspflichtig ist. Sitz von UN-Women ist die UN-Frauenkonferenz in New York.

Quelle: www.unwomen.org

ParlamentsReport: Was haben 100 Jahre Frauenbewegung erreicht und worin liegen nach Deiner Meinung die Herausforderungen der Zukunft?

Marianne Eriksson: Frauen in Führungspositionen zu bringen, war und ist die größte Herausforderung. Ein weiterer Punkt ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Schweden haben wir schon eine gute Elternzeit. Zu Beginn hatten wir nur einen Monat für die Väter, wir von den Frauenorganisationen und der linken Partei wollen aber, dass Väter länger zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern. Für die Zukunft denke ich übrigens, dass es an der Zeit ist, vom Achtstundentag

abzurücken. Wir sollten das schleunigst auf sechs Stunden verkürzen.

ParlamentsReport: Wie stehst Du zur Frauenquote?

Marianne Eriksson: Ich stehe zur Quotierung. Bei uns in Schweden wird ausdauernd darüber diskutiert und immer heißt es, das sollte freiwillig gemacht werden – und dann passiert gar nichts. Ich begrüße es ausdrücklich dass Norwegen vor zwei Jahren die politische Entscheidung für Frauen-Quoten in allen privatwirtschaftlichen Vorständen getroffen hat. Und zwar völlig problemlos. Im Statut der schwedischen Linkspartei steht, dass mindestens 50 Prozent der Vorstandsmitglieder Frauen

sein müssen. Was wurde da anfangs diskutiert! Es wären zu wenig Frauen da und die, die da sind, würden nicht wollen. Als die Regelung schließlich festgeschrieben war, waren plötzlich Frauen da – und die Frauen wollten!

ParlamentsReport: Was verbindet Du persönlich mit „100 Jahre Frauentag“?

Marianne Eriksson: Meine persönliche Einschätzung ist: Wir machen einfach weiter, wir sind noch nicht am Ziel.

Übrigens ...

... hat die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag (Drs 5/4917) „100 Jahre Internationaler Frauentag – Stand und Entwicklung sächsischer Politik zur Gleichstellung von Frau und Mann“ und dem gemeinsam mit der SPD erarbeiteten Antrag (Drs 5/3534) „Ressort übergreifendes frauen- und gleichstellungspolitisches Handlungskonzept für den Freistaat Sachsen erarbeiten“ zwei Anträge zum Thema Gleichstellung ins Parlament eingebracht.



Foto: stf

Marianne Eriksson von UN-Women, Gast der LINKEN, genoss die Frühlingssonne in Dresden

MARIANNE ERIKSSON (58) lebt in Stockholm und hat zwei Kinder und drei Enkel. Früh fand die Pädagogin zur Gewerkschaftsarbeit, Ende der 70er Jahre trat sie in die linke Partei Schwedens ein. Von 1995 bis 2004 war Marianne Eriksson Mitglied des Europaparlaments (EP) und dort u.a. im Ausschuss für Frauenrechte

aktiv. Seit ihrem Ausscheiden aus dem EP engagierte sie sich verstärkt im Vorstand ihrer Partei, seit Februar dieses Jahres gehört sie zum Vorstand von UN-Women. Neben dem Aufbau lokaler UN-Women-Gruppen in ihrem Heimatland unterstützt sie die Organisation Women to Women und die Frauenhaus-Bewegung.



Foto: DAK

Starke Frauen unter sich (v.li.): Dr. Martina Große und MdL Dr. Jana Pinka (DIE LINKE)

Schwarz-Gelb + Moratorium = Bürgerverdummung



In der 32. Sitzung des 5. Sächsischen Landtags am 23. März 2011 wurde über den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Regelung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Einrichtung, Betrieb und unbefristete Fortführung von **Gemeinschaftsschulen** in Sachsen (Drs 5/2717) entschieden. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte das Gesetz ab.

für die Mittelschulen in Regis, Colditz und Kitzscher kann der Schulstandort nicht bestätigt werden. Was sollte damit erreicht werden? Sollten die Eltern verunsichert werden? (...) Die Eltern haben aber anders und sich für wohnortnahe Schulen entschieden: Die Grundschule Mutzschen – nach Prognose des Ministeriums 20 Schüler – hat 24 Anmeldungen. Die Mittelschule Regis – nach Prognose des Ministeriums 38 Schüler – hat 43 Anmeldungen. Die Schule in Colditz – nach Prognose des Ministeriums 31 Schüler – hat 49 Anmeldungen. Die Schule in Kitzscher – nach Prognose des Ministeriums 33 Schüler – hat 48 Anmeldungen. (...) Die Aufgabe, die jetzt beim Ministerium liegt, lautet, dringend die Prognosen zu überarbeiten.

Wenn eine schwarz-gelbe Koalition das Wort Moratorium in dem Mund nimmt, sollte das aufmerksame Wahlvolk hellhörig werden. Während es Minister Brüderle in Berlin vergeigte, lief die FDP in Sachsen mit ihrem Schulschließungsmoratorium auf. Dabei hätte dieses die Zastrow-Partei wirklich adeln können, wäre da nicht das Kleingedruckte gewesen. Leidtragende sind mal wieder die Schulkinder und vor allem auch die Kommunen, die ihre Schulen erhalten wollen und im Interesse ihrer Infrastruktur auch erhalten müssen.

– Keine Mitwirkungsentzüge und Schulschließungen in Sachsen!“ sprachen für DIE LINKE die MdL Cornelia Falken, Heiderose Gläß und Heike Werner. Nachfolgend einige Auszüge aus den Redebeiträgen.

Cornelia Falken, Sprecherin für Bildungspolitik:



Das Moratorium ist eine Willensbekundung, aber das reicht nicht aus, denn es gibt weder den Schulen noch den Schulträgern Sicherheit. Es ist auch nicht nachzuvollziehen, dass eine Klasse mit 20 Schülern im kommenden Schuljahr Bestand haben wird, aber eine Schule, die

38 Anmeldungen hat, wie die Mittelschule in Kreischa, nach wie vor mit Mitwirkungsentzug bzw. von Schließung bedroht ist. Wir fordern Sie auf, Herr Staatsminister, schaffen Sie endlich Sicherheit für Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger. Legen Sie endlich ein den aktuellen Bedingungen angepasstes Schulgesetz vor – unser Gesetz haben Sie ja leider abgelehnt – und lassen Sie dieses auch beschließen. Wir werden Ihnen dann gern zustimmen.

Heike Werner, Abgeordnete aus dem Landkreis Leipzig:



Heiderose Gläß, Abgeordnete aus der Oberlausitz:



Reden wir über die Mittelschule Seiffhennersdorf in der Oberlausitz. Auch dort halten die Eltern zu ihrer Schule: Während in den vergangenen Jahren ca. 20 Schüler in der Mittelschule angemeldet worden waren, sind es jetzt 34, Tendenz steigend. Nun soll diese Mittelschule geschlossen werden, weil das ja im Schulnetzplan des Kreises so vorgesehen ist. Das ist eine Ungleichbehandlung der Schulen. Die einen, für die der Beschluss noch nicht im Plan steht, könnten vom Moratorium betroffen sein, die anderen, für die das beschlossen war, werden nicht mehr berührt, auch wenn dort die Anmeldezahlen steigen. Seiffhennersdorf hat eine Klage gegen den Schulnetzplan des Kreises eingereicht, damit ist dieser nun eigentlich ungültig, da die Klage aufschiebende Wirkung hat. (...) Man sollte jetzt die neuen Bedingungen auf die Schulnetzpläne anwenden und den Schulen – so auch der Schule in Seiffhennersdorf – eine Zukunft und den Eltern eine wohnortnahe Bildung für ihre Kinder ermöglichen.

Bei uns im Landkreis heißt es: Wahl-lüge! Elternwille und kommunale Selbstverwaltung werden nicht ernst genommen. Man spricht darüber, dass der eine den anderen Koalitionspartner über den Tisch gezogen hat, bis dahin, dass die eigenen Koalitionäre von der Staatsregierung wahrscheinlich nicht wirklich ernst genommen werden und dass alles, was zur Entwicklung des ländlichen Raumes gesagt wird, nur Sonntagsreden sind. Wie Sie wissen, erhielten die Kinder am 04.03. ihre Bildungsempfehlungen, eine Woche hatten sie Zeit zu entscheiden, an welche Schule sie gehen. Zwei Wochen vorher kam jedoch die Antwort vom Staatsministerium, in der gesagt wird: Für die Grundschule in Mutzschen und



Diskriminierung per Gesetz

Vor mehr als einem Jahr beschienigte das Bundesverfassungsgericht dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Verfassungswidrigkeit, da es das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verletzt. Das AsylbLG stammt aus dem Jahr 1993. Die darin festgeschriebenen Leistungssätze gelten bis heute unverändert fort, obwohl es inzwischen eine Preissteigerung von mindestens 25 Prozent gegeben hat. Das wiegt umso schwerer, da der Leistungssatz für einen erwachsenen Flüchtling um ein Drittel unter dem für einen Alg-II-Empfänger liegt.

Diesen Missstand zu beenden, brachte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag zur Anhebung der Grundbeträge für Asylsuchende (Drs 5/4915) ins Märzplenum ein. „Das Asylbewerberleistungsgesetz legt fest, dass Flüchtlinge gegenüber hilfebedürftigen Deutschen erheblich schlechter zu stellen sind. Damit werden die Flüchtlinge in ihrer Würde verletzt“, begründete die **migrationspolitische Sprecherin Freya-Maria Klinger** den parlamentarischen Vorstoß. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der LINKEN im Bundestag geht hervor, dass die Leistungen nach AsylbLG nur auf Schätzungen beruhen und sich nicht an den realen Bedürfnissen der Betroffenen orientieren. „Im Gegenteil, sie sollen auch gesellschaftliche Teilhabe verhindern“,



22. März 2010 – LINKE zeigen bei der bundesweiten Aktion pro humanes Asylrecht in Chemnitz, wie deutsches (Wohn-)Recht aussieht: sechs Quadratmeter für einen Flüchtling (li.), acht für einen Schäferhund. (re.)

schlussfolgte Klinger: „Dieser verfassungswidrige und menschenverachtende Umgang mit Schutzsuchenden muss schnellstens beendet werden.“

287 Euro werden einem Flüchtling hierzulande pro Monat zugestanden. Davon muss er sich ernähren, kleiden, waschen, Bus fahren, telefonieren usw. usf. Vom AsylbLG besonders hart betroffen sind die Kinder. Sind diese unter sieben Jahre alt, gesteht ihnen der Gesetzgeber monatlich gerade mal 132,93 Euro zu. „Fragt man nach dem Grund der per Gesetz erfolg-

ten Herabstufung von Flüchtlingen zu Menschen zweiter Klasse, wird schnell klar, dass es neben finanziellen Gründen auch um Abschreckung geht. Man will keine Anreize für eine Einreise aus wirtschaftlichen Gründen schaffen. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass Menschen, die vor politischer, religiöser, sexueller Verfolgung fliehen mussten, traumatisierte Kriegs- und Gewaltopfer oder Familien, die eine bessere Zukunft für ihre Kinder suchen, in Mithaftung dafür genommen werden, dass es Antragsteller geben mag, die möglicherweise nach dem geltenden Asylrecht nicht akzeptable

Motive haben“, so Freya-Maria Klinger.

Die Bundesregierung hat nun angekündigt, die Leistungssätze überprüfen zu wollen. Wann sie damit anfangen will, lässt sie offen. DIE LINKE fordert, die Leistungen für Flüchtlinge schnellstmöglich anzupassen und zu erhöhen: „Wenn der Hartz-IV-Satz offiziell die untere Grenze des Existenzminimums definiert, darf es kein Darunter mehr geben!“, so Freya-Maria Klinger. Dieser Argumentation folgte die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit nicht und lehnte den LINKEN-Antrag ab.

Keine Gemeinde-Ehen ohne Bürgermitsprache!



Angeregte Diskussionen gab es am Abend des 17. März beim kommunalpolitischen Gespräch, zu dem die LINKE Kommunalexpertin Marion Junge in den Dresdner Landtag eingeladen hatte. Das Thema: „Freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden“ bewegt die Gemüter, aktuell und potenziell Betroffene aus ganz

Sachen waren angereist, um sich auszutauschen und Rat einzuholen, denn zu oft werden Gemeindegrenzen verschoben, ohne die Bürgerschaft dazu auch nur zu befragen.

„Keine Gemeindezusammenschlüsse ohne Bürgerbeteiligung!“, so die klare Botschaft der Fraktion

DIE LINKE, deren Handlungsempfehlungen – kompakt gebunden in Broschürenform – dann auch auf große Nachfrage stieß. Das Heft informiert über die Veränderungen der Gemeindegebietskulisse in Sachsen seit 1990 und skizziert das Leitbild freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse. Verfahrenswege werden erläutert, es wird auf Eingemeindungsvereinbarungen eingegangen und mögliche finanzielle Konsequenzen aufgezeigt. Zudem gibt es eine Auswertung der öffentlichen Anhörung im Landtagsinnenausschuss von Anfang Februar.

Ziel des ersten kommunalpolitischen Gesprächs war, mit Kommunalpolitikern über den Prozess der zurzeit laufenden freiwilligen Gemeindezusammenschlüsse ins

Gespräch zu kommen und mehr über die konkreten Probleme vor Ort zu erfahren. Das wurde erreicht, nun gilt es, dran zu bleiben und den Betroffenen weiter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Auch damit die Bürgerinnen und Bürger bei Gemeindegremien nicht zur bloßen Manövriermasse für Verwaltungstheoretiker verkommen. efa

Die kostenlose Broschüre **„Keine Gemeindezusammenschlüsse ohne Bürgerbeteiligung! – Handlungsempfehlungen beim Prozess eines freiwilligen Gemeindezusammenschlusses“** von MdL Marion Junge (Sprecherin für Kommunalpolitik) und Alexander Thomas (parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater) kann unter www.linksfraktionsachsen.de (Publikationen/Broschüren) heruntergeladen oder bestellt werden.

Parlamentarischer Weckruf für Dresden?



Gleich drei Mal hatten sich Sachsens Parlamentarier im März-Plenum mit dem Dresdner Naziaufmarsch vom 19. Februar und dem Umgang mit den dagegen Protestierenden auseinanderzusetzen: einmal auf Koalitionsantrag in der Aktuellen Debatte und zwei Mal nach Anträgen der Grünen und der LINKEN. Während CDU und FDP erwartungsgemäß verbal auf Nazigegner eindroschen und zum x-ten Mal das Bild des revolutionär-erfolgreichen Kerzenträgers als einzig seligmachendes Mittel gegen die Feinde der Demokratie heraufbeschwor, wollte DIE LINKE die Umstände, die zur Zulassung der Naziaufmärsche am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden geführt hatten aufgeklärt wissen (Drucksache 5/5081). Dies freilich lehnte die Koalitionsmehrheit in gebüh-

Routine ab, obgleich selbst CDU-Innenminister Ullig am schwarzen Demo-Samstag erkannt zu haben schien, dass das, was alljährlich in Dresden geschieht, längst nicht mehr vermittelbar ist.

„Es wird nicht verstanden und es ist nicht zu verstehen, dass, um Neonazis im historischen Kontext mit dem 13. Februar den Aufmarsch in Dresden zu genehmigen, auch Abstriche an elementaren Kernregelungen des Versammlungsrechts hingenommen werden und zugleich gravierende Umbewertungen versammlungsrechtlicher Güter erfolgen“, griff der LINKE **Rechtsexperte Klaus Bartl** den Gedanken auf und erteilte gleichsam einem in diesem Zusammenhang angeblich zwingend durchzusetzenden „Trennungsgebot“ zwischen JLO-Mar-

schieren und Gegendemonstranten eine rechtsbegründete Absage.

Innenpolitiker Rico Gebhardt erklärte, aus seiner Sicht habe die Stadt Dresden am 19. Februar völlig versagt: „Nicht nur weil die Versammlungsbehörde unwahrscheinlich dilettantisch agierte. Es wurde auch wieder überdeutlich, dass in Dresden und seiner Stadtgesellschaft ein ungeklärtes Verhältnis darüber herrscht, wie mit dem bisher größten Naziaufmärschen in Europa umgegangen werden muss.“ Mit Verweis auf das erfolgreichere Leipzig, wenn es um die Verhinderung von Naziaufmärschen geht, resümierte Gebhardt: „In Dresden muss (...) die selbsternannte bürgerliche Mitte endlich aus ihrer Selbstverliebtheit aufwachen. Sie muss zusammen mit den

vielen tausend Demonstranten aus allen Teilen der Republik gegen den Missbrauch ihrer Stadt durch Neonazis Gesicht zeigen. Es nützt niemanden, in fruchtlosen Debatten darüber zu streiten, wer ein guter und wer ein schlechter Demokrat ist. Und es ist ebenso sinnlos, wenn sich demokratische Parteien gegenseitig Schuld zuweisen und sich jeweils vorschreiben wollen, was die richtigen Mittel sind, um den Neonazis Dresdens Plätze und Straßen nicht zu überlassen.“



Sorbenpower gegen Nazis: MdL Heiko Kosel (mit Fahne) – einer von Tausenden, die am 19. Februar 2011 in Dresden gegen den JLO-Aufmarsch protestierten

Wie neutral ist der MDR?

Am Montag nach dem 19. Februar erhielt ich einen Anruf aus Thüringen. Sie sei irritiert und verärgert, so die Kollegin am anderen Ende der Leitung. Was war passiert? Sie hatte den einseitigen Bericht im MDR-Sachsenspiegel über den Naziaufmarsch in Dresden gesehen.

Während sich besagte Kollegin noch heftig ärgerte, hatten wir bereits eine Sondersitzung der Landesgruppe des MDR-Rundfunkrates zu genau diesem Bericht auf den Weg gebracht. Denn es war nicht zuletzt die gesamte Medienberichterstattung, die die Neutralität des

MDR-Beitrags infrage stellte. So titelte die Morgenpost: „Dresden blockt die braune Brut“ und die ntv-Berichterstattung begann mit dem Satz: „Tausende Menschen haben in Dresden einen Marsch von Neonazis verhindert“. Ähnlich agierten viele andere Medien. Ganz anders der Sachsenspiegel, der fast ausschließlich Krawallszenen ins Zentrum der Berichterstattung rückte. Absolut unsäglich dabei die ständige Wiederholung immer gleicher Sequenzen. Der Erfolg der friedlichen Blockaden dagegen spielte keine Rolle. Wer dem MDR-Bericht folgte, musste glauben, dass es nur zwei Formen des Protestes gab: friedliche Mahnwachen vor den Kirchen und gewalttätige Protestler in den Straßen. Der zivilgesellschaftliche friedliche Protest von 20.000 Menschen wurde fast vollständig ausgeblendet! Wie absurd, hatten doch gerade diese den Marsch der Nazis verhindert.

den MDR vom LINKEN-Landesvorsitzenden Rico Gebhardt und dem Bündnis Dresden-Nazifrei – welche übrigens nicht ein einziges Mal in diesem Beitrag erwähnt wurden – steht übrigens noch aus.

MdL Falk Neubert, Medienexperte der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenauplatz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Friedliche Sitzblockade am 19. Februar 2011 in Dresden mit den Stadt-Landespolitikern (1. Reihe v. li.) Annetrin Klepsch, André Schollbach, Falk Neubert (alle DIE LINKE), Martin Dulig, Hanka Kliese und Henning Homann (alle SPD)

Das Verheerende daran ist, dass eine solche Berichterstattung zivilgesellschaftlichen Protest gegen Nazis delegitimiert. Die Antwort auf die Programmbeschwerde gegen